

Saale-Beitung.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Angelogen... Die Zeitung... Sonntag einmal.

Nr. 127.

Halle, Freitag, den 16. März

1917.

Rücktritt des französischen Kriegsministers.

Die Vorgänge in Petersburg vor der Revolution.

Die Gründe für die am 12. März erfolgte Vertagung der Reichsduma... Die Duma-Abgeordneten... Die Gründe für die am 12. März erfolgte Vertagung der Reichsduma und des Reichsrats sind noch unangeführt...

Kopenhagen, 14. März.

Die Gründe für die am 12. März erfolgte Vertagung der Reichsduma und des Reichsrats sind noch unangeführt, doch scheint es, daß diese Gründe nicht in dem bisherigen Bewußtsein der Regierung zu liegen...

Nach den Berichten der russischen Zeitungen verlief auch die dritte Sitzung der Reichsduma äußerst ruhig. Bei der Verhandlung der Interpellation über die Lebensmittelbeschaffung sagte der Abgeordnete Sawitsch im Namen der Fraktion der ländlichen Oligarchen:

Da wir immer landwirtschaftliche Erzeugnisse ausführen, leben wir in der Vorstellung, daß wir an diesen Ueberflus hätten. Das war ein ungeheurer Rechenfehler. Wir haben niemals große Reserven besessen. Die Bauern verkaufen alles, um die Steuern bezahlen und Schnaps kaufen zu können. Die Dorfschulden sind sehr hoch...

Der Nationalist Schulgün sagte: Richtig kam mit dem Auftrage zu gegenseitigem Vertrauen. Er mag sich mit dieser Aufforderung zuerst an den Ministerat wenden, in dessen Mitte selbst von gegenseitigem Vertrauen nichts zu finden ist. Die Regierung wendet den sogenannten deutschen Kriegsgeiseltums nur einseitig an. In Deutschland wird bei der Bevölkerung alles entgegen, aber auch alles der Bevölkerung zurückgegeben...

Bei der Verhandlung der Interpellation bezüglich der Verhaftung der Arbeitergruppe des Kriegsindustrielauslasses Kadet Kononow an die verhafteten Arbeitervertreter gegen die Ermordung der Regierung, daß sie für die Vorbereitung einer Revolütie tätig gewesen seien. Er versicherte sich für die Vaterlandstreue der Arbeitervertreter. Einige Mitglieder der Arbeitergruppe hätten sogar an die Petersburger Arbeitermassen einen Aufruf verfaßt, in dem sie aufgefordert wurden, Ausländer einzuschließen, um Arbeit in den Munitionswerkstätten zurückzuführen. Die Verbreitung dieses Aufrufs wurde jedoch von den Behörden verboten. Aus der Rede Kononow's ersieht man zum erstenmal von öffentlicher Stelle über die Existenz eines Eintrits in den Verhältnissen für Kriegsbedarf. Bisher ergab die Zensur streng darauf, daß in der russischen Presse nichts über solche Eintritte verlautete.

Nach Kononow's ergriffen die Abgeordneten Tschelidze und Keresch die Wort und legten einschüßende Bemerkungen ein, daß bürgerliche Abgeordnete den Arbeitern Kriegsgeiseltums anmühen, der ihrer kosmopolitischen Weltanschauung widerspreche. Die Interpellation wurde schließlich mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 15. März. Amlich wird verlautbart: Deftlicher Kriegsschauplay. Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph. Außer stellenweise lebhafter feindlicher Artillerietätigkeit keine Ereignisse von Belang. Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Nördlich Stanislaw und südlich Solotwin brachten unsere Störtruppen von erfolgreichen Unternehmungen 106 Gefangene, 6 Maschinengewehre und einen Minenwerfer zurück.

Italienischer Kriegsschauplay.

Der Artilleriekampf lebte an einzelnen Frontabschnitten wieder auf. An unserer Front nördlich von Piago drangen heute sechs Abteilungen des Infanterie-Regiments Nr. 27 durch Schneetunnels in die feindlichen Gräben südlich des Monte Forno ein, zerstörten die Unterstände, fügten den Italienern ansehnliche blutige Verluste zu, erbeuteten zwei Maschinengewehre und machten 22 Alpini zu Gefangenen. Südöstlicher Kriegsschauplay. An der Bozina keine besonderen Ereignisse. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 15. März abends. (Amlich.) Vom Westen und Osten ist nichts Besonderes gemeldet.

Letzte Depeschen.

Der französische Kriegsminister zurückgetreten.

T. U. Kottarbam, 15. März. Aus Paris wird gemeldet: Ein anderer bewegter Debatte über das Flugwesen trat der Kriegsminister General Lyautey zurück.

(Was hatte man sich alles in Frankreich von dem algerischen Tiger versprochen und nun? Seit dem 26. Dezember 1916 war er Kriegsminister und Vorsteher des Obersten Kriegsrates. Erfolge hatte er keine und sein Wirken ist zu kurz gewesen, um irgendwelche einschneidenden Veränderungen in der Kriegführung durchzuführen zu können! Die Red.)

Der Abbruch der chinesisch-deutschen Beziehungen noch nicht bestätigt.

T. U. London, 15. März. Reuters meldet aus Washington, daß die chinesische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland endgültig abgebrochen habe. Hierzu erklärt die Tel. Union an zuständiger Berliner Stelle, daß daselbst eine Bestätigung dieser Reutersmeldung nicht vorliegt.

Deutsche Handelsschiffe von China geraubt?

T. U. London, 15. März. Reuters meldet aus Washington, das Marineministerium habe die Mitteilung erhalten, daß die chinesische Regierung die deutschen Handelsschiffe in Saken von Schanghai in Besitz genommen habe. Die Besatzung der Schiffe wurde an Land gebracht und unter Bewachung gestellt. Angesehnt seien aus 13 Schiffen von zusammen 35 000 Tonnen Schiffe vorhanden.

Das Schicksal deutscher Frauen und Kinder aus Deutsch-Ostafrika.

WTB. Berlin, 15. März. Nach einem dem Hilfsauschuß für die Deutschen in Britisch-Südafrika kürzlich zugegangenen Bericht des deutschen Hilfsvereins und allgemeinen Unterstützungsvereins in Johannesburg ist der letztgenannte durch den amerikanischen Generalstab bzw. die dortige Regierung von der bevorstehenden Ankunft von etwa 150 Frauen und Kindern aus Deutsch-Ostafrika verständigt worden, deren Unterbringung in Pretoria erfolgen soll, bis ihre Heimkehrung möglich erscheint. Aus der Mitteilung geht nicht hervor, aus welchen Bezirken des Schutzgebietes diese Personen kommen. Für die Versorgung der Flüchtlinge mit dem Notwendigsten hat den hier vorliegenden Nachrichten zufolge von dem genannten Vereinen Mittel bereits flüssig gemacht worden.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

c. B. Stockholm, 15. März. Die Lebensmittelfrage mit ihren Folgeerscheinungen stand während der Dumatagung, die nur von kurzer Dauer war, im Vordergrund. Vom ersten Tage der Wiedereröffnung bis zum unerwarteten Schluß wich sie nicht von der Tagesordnung. Selbst die „Komoje Wremja“ brachte einen Artikel „Not und Politik“ der mit den Worten beginnt: „Wer will ruhige, parlamentarische Arbeit in der Lebensmittelfrage führen? Die Duma kann natürlich kein Brot beschaffen und ihre ganze Aufgabe besteht lediglich darin, die Bemühungen der Regierung in die rechte Richtung zu lenken.“ Die „Komoje Wremja“ befürwortet schleunige Maßnahmen, solange die Bauern noch die Schilfenwege benutzen können, um das Getreide nach den Eisenbahnstationen zu schaffen, und empfiehlt dringend, der Staat möge die Speisung der Arbeiter in die Hand nehmen.

Die Zurücknahme der deutschen Linien an der Westfront.

WTB. Bern, 14. März. Eine Meldung des „Giornale d'Italia“ aus London bekräftigt die geheime Zurücknahme der deutschen Linien an der Acre, die man jetzt auch in England anerkennt. Die Engländer würden dadurch gezwungen, ihre Offensive auf einen Boden vorzubereiten, der ihnen unbekannt und den Deutschen sehr bekannt sei. Zeit, Geld und Leute müßten die Engländer hierfür opfern. Die britische Offensive würde dadurch hinausgeschoben und alle Vorbereitungen, die die Engländer getroffen hätten, seien ins Wasser gefallen.

Englischer Heeresbericht

nom 14. März: Nördlich des Ancre-Tales rückten mit unsere Linien auf einer Front von über 1 1/2 Meilen südwestlich und westlich von Bapaume vor. Wir machten auch mehrere Fortschritte auf einer Front von über 2000 Yards südlich von Abiet-le-Petit und besetzten 1000 Yards feindliche Gräben südwestlich von Esart. Im Verlaufe des Tages machte der Feind einen unerwarteten Ueberfall nordöstlich von Arras, vermochte unsere Linien jedoch nicht zu erreichen.

Die Anstürme der Salonikierarmee zwischen Prepa- und Schrida-See blutig zurückgeschlagen.

WTB. Sofia, 14. März. Amlicher Heeresbericht. Mazedonische Front: Zwischen Schrida- und Prepa-See wiederholte Anstürme des Feindes, die mit blutigen Verlusten zurückgeschlagen wurden. Nach ziemlich heftiger Artillerievorbereitung griff der Feind wiederholt mehrere Stellen westlich und nördlich Bitolitsa, im Abschnitt zwischen Karnowa und der Bitolitsa-Ebene an wurde aber zu regellosen Kämpfe gezwungen, wobei er außerordentlich große Verluste erlitt. Auf der übrigen Front geringe Kampftätigkeit. Eine französische Kompanie verlor, gegen unsere Stellungen südlich von Geogheli vorzugehen, wurde aber durch unsere Feuer zurückgedrängt. Eine englische Kompanie näherte sich unseren vorgeschobenen Stellungen östlich von Wardar, wurde aber durch unser heftiges Feuer gezwungen, das Weite zu suchen.

Zumächtige Front: Mehrere militärische Anlagen in Galatz wurden von uns mit Geschützfeuer belegt.

Frankreich.

Ribot Briands Nachfolger?

WTB. Bern, 15. März. Dem „Gaulois“ zufolge erklärten die Oppositionsführer in den Verhandlungen der Kammer, sie würden in ihrer Haltung beharren, bis Briand verstanden habe, daß ein Zusammenarbeiten des Parlaments mit ihm nicht mehr möglich sei. Als Nachfolger Briands werde Ribot genannt, dem Barthoud und Painlevé als wichtigste Mitarbeiter beigemessen werden sollen. - Andere nennen Deschanel. „Deure“ führt aus, Briand habe eigentlich keine Mehrheit mehr, bleibe aber dennoch. Er werde jedoch diesmal durch seine, nichtsiegende Redereien nichts mehr erreichen. Schließlich werde Briand doch zurücktreten müssen.

Anr passiver Widerstand gegen Briand.

c. B. Genf, 15. März. Clemenceaux „Action nationale“ beschloß, nicht zu interpellieren, sondern den passiven Widerstand gegen Briand fortzusetzen. Der „Gaulois“ gibt unter parlamentarischen Meinungen die Mitteilung wieder, der gegenwärtig in London weilende Finanzminister Ribot könnte, falls Briand zurücktrete, das Ministerpräsidenten übernehmen.

Die Mitwirkung der französischen Kammer an der äusseren Politik.

WTB. Bern, 14. März. Anlässlich des Berichtes, den...

WTB. Paris, 14. März. Nachdem die Kammer sich mit dem...

Der italienische Ackerbauminister über die Getreide-Versorgung.

WTB. Bern, 14. März. Die Rede des italienischen Ackerbau...

Bermischte Kriegsnachrichten.

Die polnischen Organisationsarbeiten. Warschau, 15. März. In der letzten Sitzung der Finanz...

Die Belgier. WTB. Berlin, 14. März. Namhafte Belgier verschiede...

Das Urteil in dem Prozeß gegen den Chefredakteur des 'Telegraph'. T. U. Haag, 15. März. Der Haager Gerichtshof hat heute...

Amerikanische 'Rückungen'. e. B. Berlin, 15. März. Ueber Americas Rückungen zum...

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Berlin, 15. März. Im Ministerrath: Scholerer und Spadow. Präsident Graf Schwerin-Winsk eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

tern Kränzung und Mittrauen hervorruhen. Deutschland hätte...

Er verliert mit erregten Worten die Rednertribüne. Landtrichthatsminister Freiherr v. Schorlemer: Bei den...

Dieses Entschlüssen mit Ruhe entgegenzehen. Der Reichsanzeiger, dem auch die Gegner die Anerkennung nicht...

Präsident der Reichsoberste Ministerialdirektor Göppert geht auf einen vom Abg. Hoffmann berichtigten Fall ein...

Abg. Mizerski (Vole): Der Etat ist mit allen den Positionen...

der ein notwendiges Korsett der allgemeinen Wehrpflicht ist...

Dein ist mein Herz.

Originalroman von S. Courts-Walzer. 19 Fortsetzung. Nachdruck verboten. Eine tiefe Kühlung kam bei dieser Erkenntnis über ihn...

tragen. Es hatte eine kleine Schleppe und einen kleinen herzförmigen Ausschnitt, aus dem das feine schlanke Halschen...

Neben Carrys saß ihr Schöner Erscheinung, die durch eine raffinierte eleganz und lockere Toilette noch gehober...

Hog. Braun (Soz.): Wie sehen den Etat ab. Trotz aller Verhinderungen bleibt in Dresden alles beim alten. Das Programm des Ministers des Innern erschöpft sich in Worten.

Was tatsächlich geschieht, steht damit in schroffem Widerspruch, wie die Vorgänge im Reichsausschuss beweisen. Das scheint dem Ministerpräsidenten zum Bewußtsein gekommen zu sein, sonst hätte er seine geistige Rede nicht gehalten. Man wendet jetzt die Ausnahmegerichte nicht an, behält es sich aber für den Frieden vor. Je länger der Krieg dauert, desto stärker wächst die Reaktion im Belagerungszustand und Jenseitiger hervor. Der Ministerpräsident hat die Neugestaltung der inneren Verhältnisse in Aussicht gestellt. Jetzt ist der richtige Augenblick da. Das Volk will endlich Leben sehen.

Hog. Gieseler (Sentr.): Der Hr. Hofmann sieht nicht ein, daß letzten Endes der Krieg gegen die sozialen und kulturellen Grundlagen Deutschlands gerichtet ist. Deshalb müssen wir die gewaltigen Anstrengungen machen, um das Ziel zu erreichen. Die deutliche Hebung des Landwirtschaftsministeriums hat lebhafteste Begeisterung in den Kreisen der Arbeiterenschaft und der Konsumenten hervorgerufen. Mit der Eingabe der Gewerkschaften kann ich mich nicht in allen Punkten einverstanden erklären. Das heutige Wahlrecht kann nicht aufrechterhalten werden. Der Minister hätte früher der Auffassung entgegengetreten sollen, daß er in den Ernährungsfragen hindernislos sei.

Landwirtschaftsminister Reichert v. Scharleer-Bleier: Ich freue mich, aus den Ausführungen des Vorredners Konstatationen zu können, daß er sich mit den in der Eingabe der Gewerkschaften gegen mich erhobenen Angriffen nicht einverstanden erklärt. Die Eingabe enthält unzutreffende und unbewiesene Behauptungen und deshalb wird mich das Wort nicht verdanken, wenn ich die Eingabe als ein Machwerk bezeichnen habe. In der Presse ist die Behauptung erhoben worden, daß ich mich in der Ernährungs- und Wirtschaftspolitik mit der Auffassung Hinderbühlers in Widerspruch befände. Hinderbühl, dem ich meine Anmerkungen über die Frage mitgeteilt hatte, erwiderte mir, daß er mit meinen Ausführungen in allen Teilen einverstanden sei. Wenn ich dafür eintrat, so geschah es in der Erwartung, die Erzeugung aufrechtzuerhalten und dadurch eine bessere Ernährung zu erreichen. Ich habe die Landwirtschaft angewiesen, alles Entbehrliche für die Gesamtheit abzugeben. Ich hoffe, daß die Debatte die Mißverständnisse beseitigen wird. (Beifall.)

Hog. Dr. Hüb (Soz.): In meiner Rede habe ich das Wort, man ist nicht erst zu nehmen. Aber bitter ernst ist es, daß solche Behauptungen überhaupt fallen können. Das ist möglich ist, die Überzeugung aufkommen zu lassen, hier in Deutschland existiert eine Volkseigenschaft, die nicht nur Vaterlandsarbeit zurücksetzt, können wir nicht mehr im Hause dauern. Das Ausland wird über diese Rede mit heißem Dank quittieren. Eine einzige solche Rede kostet mehr Opfer an Blut als die Verluste vor dem Feinde. Deshalb war heute ein sängervoller Tag für die deutsche Nation. Wir vertrauen auf die unermüdete Vaterlandsliebe und die Weisheit aller, die an solcher Gesinnung nicht teilhaben. (Beifall.)

Schluß der Debatte.
Hog. Adolf Hoffmann (Soz. a. R.) bedauert, daß er durch den Schluß der Debatte nicht nachweisen kann, daß die Angriffe des Landwirtschaftsministeriums gegen ihn eine schamlose Verleumdung sind. (Der Redner wird zur Ordnung gerufen.)

Der Etat wird im ganzen genehmigt.
Nächste Sitzung: Dienstag 3 Uhr. Kleine Vorlagen, Anträge.

Die Denkschrift über die Ernährungsfragen.

Der Ernährungsausschuß des Reichstages legte am Dienstag die Abtunung über die aus dem Wirtschaftspläne für 1917 bezüglichen Anträge bis zur nächsten Sitzung aus und trat in die Beratung der Denkschrift ein, und zwar zunächst der allgemeinen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung und zur Preisregelung, sowie der organisatorischen Maßnahmen. In dieser Debatte erklärte Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki, daß die Behauptungen der Kartellisten des Brotes wegen kaum vor Ende des Monats abgeschlossen werden können. Vorher wird ein einjähriger Verteilungsplan nicht aufgestellt und durchgeführt werden können. Zur Aufrechterhaltung der Kontrolle muß der Schleißhandel unterbunden werden, auch das Sammeln an Sonntagen. Diesem Umfang müßte entgegengetreten werden. Es seien etwa

15 000 Sammelstellen für Butter und Eier

errichtet. Eine Differenzierung zugunsten der Schwärz- und Schweißarbeiter liegt nicht zu erheben; der Kreis der Befreiungsverzögerung dürfe aber nicht allzu groß werden. Auf eine Anfrage teilte Herr v. Batocki mit, daß die beschlagnahmten eingeschmuggelten Waren den Städten zur Verwendung in den Lagerräumen überlassen werden. Die Zuführungen der verpackten Nationen an alle Kantonsamtsstellen sind unbedingbar. So ist die der Gebote der Hindernisfrage. So habe die praktische Durchführbarkeit doch erhebliche Schwierigkeiten zu herbeiführen. Im Laufe der weiteren Debatte erklärte Präsident v. Batocki, nur wenn Einvernehmen mit dem preussischen Staatskommissar bestünde, könne etwas Gutes geschehen werden. Dafür bürge die Persönlichkeit des Staatskommissars. Auf die

Angriffe der Linken gegen den preussischen Landwirtschaftsminister erklärte Herr v. Batocki nicht eingehen. Unterlaufschriftliche von Falkenhäufen erklärte die sozialdemokratischen Angriffe gegen den Landwirtschaftsminister für unbedeutend. Dieser habe nie gegen die Rationierung Stellung genommen. Gegen die Viehhöchstpreise sei der Minister heute noch. Er sei aber für die Regelung des Viehpreises durch Erstickung der Viehhandelsvereine eingetreten. Die Regelung der Buttererzeugung durch ein Bundesgesetz erfolge weniger glücklich als eine durch die Gemeinden. Wenn man keine Kartellhöchstpreise festgelegt hätte, wären alle Verzögerungsverbote und Beschlagnahmen überflüssig gewesen. Die Preisverordnungen seien die unerwünschten Folgen der verfehlten Maßregel gewesen. An die Festhaltung völlig freien Verkehrs denke an maßgebender Stelle keine mehr. Zwang allein tue es auch nicht. Der gute Wille könne nicht entbehrt werden. Wenn der Landwirtschaft nicht entgegenkommen ausreichende Preise geboten werden, komme die Hungersnot. Man sollte dem Landwirtschaftsminister nachsehen, daß es ihm gelungen sei, das Vertrauen der Landwirte zu erwerben und seinen Ermahnungen an die Gebote zu verhaften.

Ein völkerverfeindliches Mitglied wandte sich gegen die Behauptung eines Zentrumstribünen, daß der Reichstagsausschuß sich Reichsbeschlüssen zu kritisieren habe. Wenn die landwirtschaftliche Vermaltung des größten Bundesstaates offensichtlich in Widerspruch stehe mit dem Kriegsernährungsamt, dann sei es die Pflicht des Ausschusses, auf diese Dinge einzugehen. Die insbesondere bei der Abwehrendienstausbehalte hervorgetretenen Mißstände würden dem preussischen Landwirtschaftsminister und Reichsbeschlüssen seien nicht geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung zu den Anordnungen der Behörde zu stärken. Eine Aufschüpfung dieses Vertrauens in diesem Augenblicke könnte aber verhängnisvoll werden. Doch immer noch mangelnde Verständnisse zwischen Stadt und Land herrschte, dürfte zurückzuführen sein auf den von der preussischen landwirtschaftlichen Verwaltung schon vor dem Kriege erwiderten Argwohn, daß sie nicht gehörende Rücksicht nehme auf die Bedürfnisse der Verbraucher. Ihre Maßnahmen bei Kriegsbeginn, wie Rationierung, Anreiz zu vermehrter Schweinezucht und hätten wesentlich zur Erhöhung der Volksernährung beigetragen. Die Differenz zwischen Reichs- und preussischen Behörden sei möglichst bald zu beseitigen.

Unterlaufschriftliche von Falkenhäufen erwiderte, daß eine Differenz zwischen Landwirtschaftsminister und Kriegsernährungsamt nicht bestehe.

Darauf verzichtete sich der Ausschuß auf Mittwoch. Der Ernährungsausschuß des Reichstages bezog Mittwoch vormittag, die vorliegenden Petitionen zur Ueberweisung als Material an den Bundesrat zu empfehlen; über drei wurde zur Tagesordnung übergegangen und eine zur Erzeugung überwiegen. Vor der Abstimmung über die vorliegenden Anträge zum Wirtschaftspläne erklärte ein Sozialdemokrat, daß seine Partei ihre Zustimmung in der Reichstagsrat aufrecht erhalte und Vorlage gegen alle Mißbräuche verleihe. Für gewöhnliche Schweine müßten niedrige Preise festgesetzt werden. Nach Ablehnung zweier sozialistischer Anträge mit 10 gegen 10 Stimmen wurde folgende Kompromißantrag einstimmig, die Ziffer 3 gegen eine Stimme, angenommen:

Der Reichstag wolle beschließen, folgende Entschlüsseungen

- 1) Bei einer Erzeugung des Preises für Roggen und Weizen ist eine Erhöhung des Höchstpreises zu vermeiden durch Verminderung der Spannung zwischen Getreide- und Höchstpreis sowie in zugehörigen Gemeinden durch Verminderung der Spannung zwischen Weizen- und Höchstpreis. Zu diesem Zweck sind für die Gemeinden entsprechende Höchstpreise zu erlassen. Soweit diese Mittel nicht ausreichend sein sollten, sind Zuschüsse aus Reichsmitteln zu gewähren.
- 2) Bei der beschleunigten Senkung der Höchstpreise ist auf die Erhaltung eines leistungsfähigen Viehstandes Rücksicht zu nehmen und Vorzüge zu treffen, daß die Ermächtigung in vollem Umfange in erniedrigten Preisen zu realisieren und Verbrauchern zugute kommt.
- 3) Bei den Schweinen sind die Gewichtsformen unter 75 Kilogramm einseitlich zu bewegen und für die höheren Gewichtsklassen sind entsprechende höhere Preise festzusetzen.
- 4) Die Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen ist auf das durchaus notwendige Maß herabzusetzen durch Verminderung der Provisionen der Viehhändlerverbände und der nicht selten recht erheblichen Handelsaufschläge für Zwischen- und Kleinhandel. Die Gemeindeverwaltungen müssen zu entsprechenden Maßnahmen angehalten werden.
- 5) Bei der Beschlagnahme von Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten sind dem Erzeuger neben ausreichendem Saatgut gewisse Mengen für die menschliche Ernährung nach dem Verhältnis der Konsums des Haushauses, ferner, soweit es die Volksernährung und der Seeresbedarf zulassen, zur Fütterung nach der Größe des Viehstandes, einschließlich der Schafe und des Geflügels, ein entsprechender Teil zu belassen. Dem Erzeuger können auch größere Mengen der genannten Früchte belassen werden, falls er sich verpflichtet, etwa diesen Vorzügen entsprechende Anzahl von Schlackstoffen zu mählen und diese der Viehhöchstpreise zu einem vorher festzusetzenden Prozente zur Verfügung zu stellen. Kauern soll außerdem unter derselben Voraussetzung wie oben zur Herstellung des herkömmlichen Haupttranks für die landwirtschaftliche Bevölkerung ein entsprechender Teil der abgeklärten Gerste belassen werden.
- 6) Sämtliche Kraftfuttermittel sind nach der Größe des Viehstandes unter Berücksichtigung der nach Ziffer 5 dem Erzeuger zur Verfügung belassenen Gerste, Hafer und Hülsenfrüchte zuzuteilen. Die Preise von Kraftfuttermitteln sind zum mindesten nicht höher zu bemessen, als dem Nährwert nach Verhältnis des Roggenpreises entspricht.
- 7) Den Weikern landwirtschaftlicher Betriebe, denen durch Anordnung der Kommunalverbände Sanitarisierungen zur menschlichen Ernährung abgenommen sind, ist der erforderliche Ersatz von Sanitarisierungen zu den Preisen zu liefern, die sie selbst für die abgenommenen Kartoffeln erhalten hätten.
- 8) In den einzelnen Gemeinden oder Bezirken ist ein Ausschuß von Vertrauenspersonen zu bestellen, der unter Mitwirkung der Gemeindeverwaltung die rechtzeitige Ablieferung der beschlagnahmten Nahrungsmittel: Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Gemüse, Eier usw. zu organisieren und zu überwachen hat. Für die Abfuhr und für den Versand sind in der Regel genossenschaftliche Organisationen oder der Handel heranzuziehen.

Der Ernährungsausschuß des Reichstages legte am Nachmittag die Besprechung der Denkschrift des Kriegsernährungsamtes. Im Laufe der Erörterungen erklärte Präsident von Batocki, die Kriegswirtschaftlichen seien Organe des Kriegesamtes und sollten die Heranziehung und Zuteilung von Arbeitern und Weibern zu landwirtschaftlichen Arbeiten usw. regeln. Man will Ueberweisungen aus den Fronten werden nicht zu erwarten sein. Die Landwirtschaft muß also zusehen, soweit irgend möglich, die Arbeiten mit den eigenen Kräften zu erledigen. Prinzipiell soll den Kriegswirtschaftlichen die Verteilung der Lebensmittel nicht übertragen werden. Für die Sammelstellen seien Handelsvertreter unter Aufsicht von Vertrauensmännern geeignet, wo nicht schon Genossenschaften bestehen. Wo es sich empfiehlt, soll auch der Kreis eine G. m. b. H. zu diesem Zwecke bilden. Soweit möglich, sollen die Rationierungskartellen reformiert werden.

Ein Fortschrittler polemisierte gegen die Ausführungen des Unterlaufschriftlichen von Falkenhäufen und wies besonders auf das Verhalten des preussischen Landwirt-

schaftsministers in der Viehhöchstpreisfrage hin. Auf vielen Gebieten fehlten offenbar Differenzen zwischen dem Landwirtschaftsminister und dem Kriegsernährungsamt. Ein Bayerischer Zeitungsmann hat um Berücksichtigung der bayerischen Kultur für die der Abteilung von Lebensmitteln. Die Stadt Nürnberg schickte 30 000 Kinder aus Land.

Herr von Batocki erklärte, daß der Landaufenthalt von Stadtkindern nach Möglichkeit durch zweckentsprechende Organisationen gefördert werden sollte. Unnötig lange Reisen sollen den Kindern erspart bleiben. Soweit nötig, solle für die Aufnahme ein Entgelt gewährt und nach Möglichkeit Unterricht erteilt werden. Bei den Arbeiten sollen die Kinder vertrieben. Freiwilligkeit von beiden Seiten sei Voraussetzung. Keine Maßregel sei wegen Überhandnehmens des Landwirtschaftsministers oder eines anderen Reformierendes unterbleiben. Jetzt erhalte der preussische Ernährungsminister reformfähige zum Teil die Befugnisse des Landwirtschaftsministers und fast ganz die Befugnisse des Ministers des Innern. Auf eine Anfrage teilte er noch mit, daß den aufs Land geschickten Kindern die Kriegsernährung nicht entzogen werden soll. Wo es die Verhältnisse gestatten, soll ein Reichsbeitrag zur Ernährung geleistet werden. — Weiter wurde ausgeführt, daß die Gartenflächen zwar knapp sind, aber reichen werden. Auch die kleinen Landwirte sollen mit Kleetamen möglichst versorgt werden. Dank der Vollständigkeit unserer Lebensmittel und Anbauwerke werden es möglich sein, die Landwirtschaft erheblich zu fördern. Der Ausschuß tritt am 21. März wieder zusammen, um Maßnahmen zur Erhaltung der vorhandenen Nahrungsmittel zu beraten.

Deutsches Reich.

Die Vereinfachung der Rechtspflege.

WTE. Berlin, 15. März. Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung der Rechtspflege zugeworfen.

Zulassung der Notvereinfachung. Die Zentrumsgewählten Widemann und Genossen haben im Abgeordnetenhause den Antrag gestellt, den Erlass des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten vom 11. Januar 1917 — U II Nr. 1519 — dahin zu ergänzen, daß diejenigen Schüler höherer Lehranstalten, welche die Prima bis zum Beginn der Weihnachtsferien 1916/17 bestanden haben, und bei der Einberufung zum Secundarstudium durch Befehl der Lehrerkonferenz nach Dörmagna verweist sind, zur Notvereinfachung zugelassen werden können.

Die Parteien des Abgeordnetenhauses. Ein am 10. März abgeschlossenes Verzeichnis der Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses weist folgende Belegung der Fraktionen auf: Die konservative Partei zählt 147 Mitglieder (darunter 18 Mitglieder des Reichstages), die Freikonservative Partei 58 (4 Mitglieder), die Nationalliberalen 74 (5), die Fortschrittliche Volkspartei 39 (6), das Zentrum 101 (14), die Sozialen 11 (2), die Sozialdemokraten 5, die Sozialdemokraten außer Richtung 4, ferner 3 Wilde. Erledigt sind die 6 Mandate: in Berlin 11 (für Viehrecht), Rofen 3 (für Ernst, Fortschritt), Lachen 4 (Marxen, Str.), Rosen 5 (v. Morawski, Dierichs, Vole), Marienwerder 7 (Reußlich, Str. und Kofel 1 v. Dittfurth, Konf.).

Ausland.

Die Führer der ungarischen Opposition in Budapest beim König.

T. U. Budapest, 15. März. Die Führer der ungarischen Opposition, die Grafen Albert Apponyi, Aladar Jidos und Michael Karolyi werden demnächst in Budapest beim König Karl erscheinen. Die Empfänger haben mit dem neuen Sammlungs-kabinet in Zusammenhang.

Aus dem österreichischen Parlament.

WTE. Konstantinopel, 13. März. Kammer. Der Großwesir verlas ein tairisches Traktat, wodurch die mit dem heutigen Tage ablaufende Parlamentssession bis zum 31. März verlängert wird, um der Kammer die Erledigung des Budgets zu ermöglichen. Die Kammer hat das Gesetz über den Abschluß eines Darlehens von 240 Millionen Kronen mit einer österreichisch-ungarischen Bankengruppe genehmigt.

Halle und Umgebung.

Halle den 16. März 1917.

Die Milchversorgung der Stadt Halle.

Die Reinigung der Landwirte und Molkereien, die Milch nach Halle liefern, stellt gestern nachmittag im Hotel „Kotes Hof“ eine Versammlung ab, um zu der künftigen Milchlieferung nach Halle und der Preisfestsetzung Stellung zu nehmen. Die Versammlung war von Vertretern der an dieser Frage interessierten Kreise sehr zahlreich besucht und gewann nach erhöhter Bedeutung durch die Teilnahme des Landrats des Saalkreises Herrn v. Krosigk sowie des Leiters des städtischen Ernährungsamts Herrn Gehmeint Professor Dr. Fingler.

Der Verammlungsleiter, Herr Direktor Papig, wies an, wie zu Beginn der Verhandlungen darauf hin, daß die Landwirtschaft bemüht sein werde, die in Folge der Wirklungen des Krieges ohnehin hart herabgesetzte Milchlieferung nach aufrechtzuerhalten. Bisher sei das ihm nur möglich gewesen, weil den Landwirten über Zehntel ihrer Genossenschaft zur Verwertung ihrer eigenen Milch überlassen worden seien. Es laufe nun das Gerücht, daß demnächst auch diese Teile der Genossenschaft der Landwirtschaft genommen werden sollten. Trete das ein, so würde die Landwirtschaft nicht mehr in der Lage sein, die Milchproduktion in derselben Weise durchzuführen, wie es bisher möglich war. Man wolle deshalb ein Entgegenkommen der Präsidents des Saalkreises, Herrn von Batocki, rufen, daß die vier Zehntel Teile Gerste auch Fernerher der Landwirtschaft zum eigenen Verbrauch überlassen werden. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu und beschloß einstimmig die Festlegung einer solchen Milchlieferung.

